

Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen im Rat der Stadt Meerbusch

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
namens und im Auftrag aller Fraktionen möchten wir Sie bitten, folgenden Antrag in
der Ratssitzung am 10.03.2005 zu behandeln:

Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Maßnahmen ergriffen werden
müssen, um die betroffenen Bürgerinnen und Bürger vor Schwerlastverkehr auf
Meerbuscher Bundes-, Landes-, Kreis- und Ortsstraßen zu schützen.

1. Unmittelbare Maßnahmen

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, auf welchen relevanten
Stadtstraßen städtischerseits sofort die Durchfahrt für LKW über 12t (oder
7,5t) gesperrt werden kann. Ferner wird sie beauftragt, mit den zuständigen
Behörden die entsprechende Sperrung auf Kreis-, Landes- und Bundesebene
in die Wege zu leiten.

2. Weitergehende Maßnahmen

- a) Eine Verkehrszählung durchführen, um festzustellen, wie viele von den
mautpflichtigen LKW die betroffenen Straßen in Meerbusch nutzen.
- b) Darüber hinaus wird die Verwaltung aufgefordert, eine erneute
Verkehrszählung auf der B9 und L30 durchführen zu lassen mit dem
Ziel der Ermittlung und Vergleichbarkeit mit den bereits durchgeführten
Zählungen und einer Ermittlung des eventuell gestiegenen LKW-
Verkehrs über 12t (7,5t) Gesamtgewicht.
- c) Weiter wird die Verwaltung aufgefordert, aufbauend auf dem
Untersuchungsbericht über Immissionsmessungen in Meerbusch nach
der 23. BImSchV., vorgestellt im Ausschuss Straßen, Kanäle, Grün und
Umwelt am 07.12.1999, erneute Messungen vorzunehmen, um diese
dann mit den Messergebnissen zu den Benzol- und Rußmessungen
aus dem Zeitraum Oktober 1998 bis April 1999 zu vergleichen.
- d) Des weiteren sind durch ein geeignetes Ingenieurbüro Lärmmessungen
im Bereich der B9 und L30 durchzuführen und zu bewerten.
- e) Außerdem soll die Verwaltung mit den ebenso betroffenen
benachbarten Kommunen Kontakt aufnehmen, um beim
Verkehrsministerium gemeinsam das Anliegen vorzutragen und als
starke Gemeinschaft aufzutreten.

Für c) und d) ist zunächst die Ermittlung der entstehenden Kosten und eine
besondere Beschlussfassung erforderlich.

Begründung:

Immer mehr Speditionen versuchen, nach der Einführung der Mautgebühren auf
Autobahnen für LKW ab 12t diese Mautgebühren zu umgehen. Sie lassen Teilstücke
der Autobahnen umfahren und benutzen stattdessen Kreis-, Landes- und Bundes-
straßen als Querverbindung. In Meerbusch sind vor allem die B9 und L30 sowie die
Uerdinger Straße/B222, Bismarckstraße und die L 476 betroffen.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Jung (CDU Fraktion)
Gesine Wellhausen (FDP Fraktion)

Ilse Niederdellmann (SPD Fraktion)
Jürgen Peters (Fraktion Bündnis90/Die Grünen)